

**.Die Linke Sachsen Landesverband
Landesrat**

Aktenzeichen: 2.18

Niederschrift der Sitzung des Landesrates 20. Juli 2013

Ort: Haus der Begegnungen im „Zeitgeist“, Großenhainer Str. 93, 01127 Dresden

Anwesende Mitglieder:

s. Anwesenheitsliste 24 Mitglieder

Entschuldigte Mitglieder:

Claudia Beck, Thomas Dudzak, Peter Emmrich, Gudrun Erfurt, Petra Ertel, Dieter Gaitzsch, Luise Neuhaus-Wartenberg, Dieter Siegert, Jenny Mittrach, Volkmar Wölk, Marcel Braumann, Dirk Wagner

Mitglieder mit beratender Stimme / Gäste:

Antje Feiks, Landesgeschäftsführerin, Tillmann Loos, Jugendpolitischer Sprecher im Landesverband

Niederschrift: Marina Brandt

Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Protokolle zur Information:

Protokoll vom 01. Juni 2013

Freiheit, Demokratie & Sicherheit, Leitlinien für ein demokratisches Sachsen, Entwurf v. 6. Mai 2013

B 3 – 185 – 1 Wirtschaftspolitische Leitlinien, Diskussionsvorschlag v. 12./13. Juli 2013

B 3 – 258 – 2 Leitantrag an den 9. Landesparteitag, Entwurf v. 12./13. Juli 2013

B 3 – 259 Schlussfolgerungen Finanzkonzept der Kreis- und Stadtverbände v. 12./13. Juli 2013

B 3 – 264 Einberufung des 10. Landesparteitages v. 12./13. Juli 2013

B 3 – 266 Vorschlag Zeitplan 9. Landesparteitag v. 12./13. Juli 2013

B 3 – 269 Wahl- und Aufstellungsverfahren für die Direktbewerberinnen und Landesliste zur Landtagswahl 2014 v. 12./13. Juli 2013

B 3 – 270 Antrag an den 9. Landesparteitag – Satzungsänderung v. 12./13. Juli 2013

I 3 – 260 Übersicht zu B 3 – 259 –intern-

I 3 – 272 Zwischenstand Wahlkampf Finanzen für Wahlen 2013/ 2014 –intern-

I 3 – 277 Abrechnung 1. Halbjahr Landesvorstand –intern-

Tagesordnung

1	Begrüßung und Beschluss über TO	5´
2	Protokollkontrolle	10´
3	Bericht aus dem Landesvorstand, Diskussion zu den Regionalkonferenzen	45´
4	Diskussion Leitlinienentwurf „Plan demokratisches Sachsen“	60´
5	Mittagspause	45´
6	Bericht aus der Landtagsfraktion	40´
7	Diskussion zum Bericht des Landesrates an den Landesparteitag	20´
8	Diskussion zu unseren Satzungsänderungsvorschlägen	30´
9	Anträge, Sonstiges, Résumé	20´
	Gesamt	275´

TOP 1 - Begrüßung und Beschluss über TO

Die Tagesordnung ist bestätigt mit der Ergänzung, dass heut der Beschluss zur Einberufung des 10.Landesparteitag zusätzlich in die TO aufgenommen wird.

TOP 2 – Protokollkontrolle

Das Protokoll der letzten Sitzung, am 01. Juni 2013 wurde mit geringfügigen Änderungen bestätigt. Änderungen: Simone Hock war am 01. Juni als Gast anwesend. Thomas Koutsky war mit beratender Stimme anwesend.

TOP 3 – Bericht aus dem Landesvorstand und Diskussion zu den Schlussfolgerungen aus den Regionalkonferenzen

Bericht: Antje Feiks, Landesgeschäftsführerin

Erläuterung der vorliegenden Beschlüsse, es gibt Medien Information über Finanzangelegenheiten der Partei, deshalb sollte hier Klarheit geschaffen werden.

Die vorliegenden Beschl. B3 259 (Finanzkonzept)/ I 3 260(Schlussfolgerungen) sollen demnächst bestätigt werden, deshalb liegen sie dem La Ra vor.

Ergänzend dazu I 3 272, I 3 277

Bemerkungen dazu:

Zur Vorlage; die Buchungsgrundsätze für einzelne Positionen sind schwer nachvollziehbar, gibt es einheitliche Grundsätze für die Zuordnung von Kosten ? Nein Buchungsgrundsätze sind nicht vorgegeben.

Der Leitantrag wurde noch mal erläutert (B 3 258 – 2) Die Wahlkampfstrukturen müssen nach dem Parteitag noch mal überprüft werden. Die Wirtschaftspolitischen LL werden durch Rico Gebhardt und Stefan Hartmann z. Zt. noch einmal überarbeitet.

Arbeitsmarktpolitische LL konnten noch nicht bearbeitet werden, da es so viele Änderungen in der Politik gibt, die noch nicht eingearbeitet werden konnten.

9.LPT ist in Arbeit die Vorbereitungen sind bereits in Gang gesetzt worden

Der Zeitplan zum Ablauf des 9.LPT wird erläutert und die entsprechenden Umstände unter denen er entstanden ist.

Der Delegiertenschlüssel ist schon beschlossen worden, die AG SeniorInnen wird in Zukunft eher wie eine LAG arbeiten, der Status einer Sonderrolle ist nicht unbedingt erforderlich, daraus ergibt sich eine Entlastung für die KV in Zukunft.

Zu den Parteiwahlen;

Liste mit 20 Personen soll beschlossen werden, die ersten 20 sind schon stark gesetzt, eigentlich sollen 40 auf die Liste, aber die Prioritäten werden schon jetzt im Vorfeld entschieden.

Wenn Diskussion dazu in den BO geführt wird, dann können wir Thomas Grundmann, Antje Feiks oder andere zur Diskussion in den Basisgruppen mit einladen.

Diskussion

Schlussfolgerungen aus den Regionalkonferenzen. Anfrage dazu; Was ist da an Auswertung gelaufen?

Die Verfassungsdiskussion soll jetzt erst 2014 besprochen und diskutiert werden. Schlussfolgerung ist, dass wir aus der Aktion 2012 unbedingt noch etwas Lernen müssen.

Frage: Wie gehen wir damit um, Informationsdurchlaufzeit vom Vorstand bis zur Basisgruppe ist entscheidend zu lang und muss noch mal überprüft werden.

Antwort: Ehrenamtlicher Geschäftsbetrieb ist schwieriger zu führen, als der professionelle Parteibetrieb das ermöglicht, es gibt Probleme. Keine Rechneranschlüsse z. B bei den älteren Genossen. Die Kommunikationspolitik und Informationspolitik innerhalb der Partei erfordert andere Lösungen. Auf die Mitgliedschaft müssen diese besser abgestimmt werden

Frage: Wie bekommen wir in relativ kurzer Zeit so viele Informationen wie möglich an die Genossen der Basis ?

Antwort: Umfassende Information wird nicht immer erreichbar sein, Netzwerke die funktionieren, sollen entwickelt und gefunden werden.

Hinweis: Die Listenaufstellung für die Landtagswahlen muss in der BO umfassend diskutiert werden, es sind noch zu wenig Vorschläge eingereicht worden (es fehlen neue Mitglieder auf den Listen)

und

Eine wichtige Aufgabe für die Parteiarbeit besteht darin, dass wir die (1) Finanzen, (2) die Listen und (3) den hauptamtlichen Politikbetrieb und die ehrenamtliche Arbeit so gestalten, dass wir auf einen Nenner kommen, und das maximale Ergebnis für uns herausholen

Der Antrag zur Einberufung des 10. LPT wird behandelt. Tagungsort ist Leipzig.

Diskussion: keine

Abstimmung: der Beschluss, B 3 – 264 wurde einstimmig beschlossen.

TOP 4 – Diskussion zum Leitlinienentwurf „Plan demokratisches Sachsen“ von Sebastian Scheel und Tilmann Loos

Einführung dazu gibt Tilmann Loos, Mitautor

Tilmann Loos

Plan demokratisches Sachsen wird erläutert, das Papier, das ausgereicht wurde umfasst erst mal den Arbeitsstand, den wir gegenwärtig haben (8 Seiten), es ist aber noch nicht ausreichend diskutiert
Grundlage sind 3 Punkte

1 Einleitung mit Bezeichnung des Grundübels der Politik in Sachsen, die jahrelange Politik der CDU, und die Durchsetzung des Verwaltungsapparates mit regierungshörigen MA

2 Partizipation, die demokratische Teilhabe der Bevölkerung soll erhöht werden entsprechende Vorschläge werden gemacht

3 Klassische Verteidigungsrechte der Bürgerinnen gegenüber dem Staat sollen deutlich gemacht werden

LL sind: Querschnittsleitlinien, das Verhältnis von Kirchen und Staat sollte dazu auch betrachtet werden, Netzpolitik, Informationsfreiheit und der Zugang zu den Informationen für Bürger.

Die vorgesehene Steuerungsgruppe hat noch nicht gearbeitet, eine Redaktionsgruppe muss sich neu bilden, die entsprechenden Fachleute sind noch zu finden.

Zielstellung dabei ist: Der Dialog mit den Bürgern soll erreicht werden.

Diskussion:

Alle Bürgerinnen zu erreichen, das soll das Ziel sein. Wie sieht es aus mit dem Wahlalter ? Ab wann sollten Bürgerinnen nach Eurer Meinung wählen dürfen ?

Bemerkung: Qualität der Übermittlung der Dateien an die La Ra Mitglieder wird bemängelt, es soll in Zukunft beachtet werden dass andere damit arbeiten müssen.

Hinweis: Doppik, Zeile 72 der LL, hat sich in der Kommunalen HH Führung bewährt, es sollte nicht von vornherein ausgeschlossen werden, was funktioniert. Weitere Finanzangelegenheiten werden hinterfragt und kritisch im Entwurf bewertet.

Hinweis: Mit unüberlegter Kritik kann man mehr kaputt machen, als erreichen. Stellenweise sind im Entwurf extreme Formulierungen enthalten, die abwertende Verallgemeinerungen enthalten, diese sollten unterlassen werden.

Bezug wird genommen auf die Festlegungen zur Europapolitik

Es wird gefragt: „ Ist alles praktikabel was da gefordert wird, das muss überprüft werden, weshalb die starken Verallgemeinerungen, genauere Einschätzungen sind erforderlich.“

Die Forderung „Öffentliche Räume – frei von Videoüberwachung ?“, ist nachzufragen, da eigentlich

Bürgerinnen, aus Sicherheitsgründen den Einsatz der Kameras wünschen. Allerdings bietet die Video Kamera auch keine Sicherheit. Dazu bedarf es anderer Maßnahmen.

Die Hartz IV – Forderungen der Bürgerinnen sind auch noch mal zu prüfen, ob in jedem Fall der Wille der Bürger berücksichtigt werden kann, dass ist fraglich.

Eine 5 % Klausel als Festlegung zum Quorum bei Bürgerentscheiden wäre gut (unsere Zielstellung), aber die Frage ist, ob 15 % besser sind. Bei solchen Staaten, wie die Schweiz ist das kein Problem, ob in Deutschland das Quorum runter soll, das müsste geprüft werden.

1 Zeitliche Schiene, Nachfrage. Wann sollen die LL fertig sein ?

2 Visionen fehlen etwas, eine Anknüpfung an die bereits vorhandenen gesellschaftlichen Möglichkeiten sollte stärker beachtet werden.

Zur Senkung des Quorums muss gesagt werden – Gefahren gibt es auch, die real sind, v.a. in den Wirtschafts- und Ökologie Bereichen.

z. B kann es passieren, dass extremes Durchsetzen von Forderungen, durch Beteiligung bestimmter Schichten der Bevölkerung an diesen – „Entscheiden“, möglich ist. Es können Forderungen sein, die nicht im Sinne aller sind/bzw. von allen Schichten vertreten werden.

Frage: Organisieren sich Menschen selbst ? Wie und Wofür ? Minderheitenschutz, kann der gewährleistet werden in der Demokratie ?

Grüne und die SPD befürworten ebenfalls die 5 % Klausel, an diesen/anderen Meinungen sollten wir uns nicht orientieren, sondern selbst etwas entwickeln.

Bei der Erarbeitung der LL bitte „Fachbegriffe“ beachten.

Die Quorumforderung sollte noch einmal überprüft werden (5% oder 10 % ob das ausreichend ist für die Bürgerinnen)

LL zu machen ist eine schwere Aufgabe, Demokratie kann nicht definiert werden. Die Zielstellung muss klar sein, muss als GL für unsere Forderungen, in den entsprechenden Papieren eingearbeitet sein/werden.

Das Thema Überwachung wird thematisiert und in die Diskussion mit der Basis gebracht. Die Zusammenarbeit mit der Fraktion ist bisher nicht immer 100 % gewährleistet, da den MdL die Zeit oft fehlt, zur Bearbeitung des Themas, und die Fachreferenten der Fraktion nicht immer in die Arbeit mit einbezogen werden.

Auch bei der Einbeziehung der MA der Fraktion muss einfach mal etwas in Gang gebracht werden.

Die funktioniert nicht so richtig, da keine Aufträge an diese weitergeleitet werden.

Wenn wir da voran kommen, dann werden wir wieder ein Stück weiter sein.

TOP 5 Mittagspause

TOP 6 – Bericht aus der Landtagsfraktion

Konnte nicht behandelt werden, da kein Vertreter der Landtagsfraktion anwesend war.

Statt TOP 6 wurden interne Organisatorische Angelegenheiten des La Ra besprochen.

Thema: Verfügbarkeit über ausreichende Informationen (Vorlagen, schriftliche Standpunkte, Anträge usw.) bei den La Ra Sitzungen. Dazu wird ein Beschluss gefasst.

In den Sprecherratssitzungen wird vor jeder La Ra Sitzung noch einmal darüber gesprochen, welche schriftlichen Unterlagen für die Behandlung der TOP erforderlich sind und am Sitzungstag vorliegen müssen.

Die wichtigsten Dokumente sind klar zu benennen und werden an den LV bzw. Die Protokollantin zur Vorbereitung der nächsten Sitzung übermittelt.

Es wird Empfohlen, vorhandene Technik des H. d. B. in den Sitzungen des La Ra stärker einzusetzen, um massenhafte Kopien von Unterlagen zu vermeiden.

TOP 7 – Diskussion zum Bericht des Landesrates an den 9. Landesparteitag

Einführung dazu gibt Michael Lauter, Sprecher des Landesrates

BE lag als Entwurf nicht extra schriftlich vor, er wurde mit dem Beamer für alle zum Lesen auf die Leinwand gelegt .

Michael Lauter stellt den Bericht kurz vor. Positiv wurde die gewählte Form der Gestaltung des Berichtes bewertet.

Diskussion

Es werden einzelne Passagen des Berichtes hinterfragt

Zu

Abschnitt 3, Absatz 2, Zeile 5

Es wird nach Hintergrundinformationen zu der Formulierung „...Bei der Zusammenarbeit mit dem Landesfinanzbeirat gab es einige Irritationen, die...“

Frage: Was war der Grund für diese Formulierung ?

Antwort: Ein Brief von Angela Hähnel sprach kritisch die Verantwortung des La Ra bei wichtigen Entscheidungen in Sachen Finanzen an. Es wurde darin festgestellt, dass diese durch den La Ra nicht immer in vollem Umfang wahrgenommen wurde. Diesbezüglich hat ein klärendes Gespräch stattgefunden. Gemeinsame Aufgaben wurden definiert.

Zu

Abschnitt 3, Absatz 4, Satz 2

„Dabei zeigte sich, dass eine Zusammenarbeit genau definiert und die Spezifika der Tätigkeit von Gewerkschaften beachtet werden muss,...“.

Frage: Was ist mit Spezifika der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gemeint und welche Missverständnisse gibt es ?

Antwort: In der La Ra Sitzung am 1. Juni waren Vertreter der Gewerkschaften zu Gast. Mit Hinweis auf die inhaltliche Diskussion zu diesem Thema, konnte das erläutert werden.

Vorschläge für einen zukünftigen Bericht:

Die nächsten Vorhaben des La Ra sollten in nächst folgende Arbeitsberichte eingearbeitet werden.

Es gab den Vorschlag, dass die Vorbereitung der sog. „Kleinen Parteitage“ (Diskussionen, Absprachen, Standpunktfindung) zukünftig in den BE aufgenommen werden.

Bei den Schwerpunktaufgaben können folgende 3 Punkte von heute aus dem BE des LV ergänzt werden.

(1) Festlegungen zu Finanzen des LV werden stärker mit vorbereitet

(2) Intensive Arbeit mit dem LV im Zusammenhang mit Listenaufstellungen für Wahlen

(3) Verbesserung der Zusammenarbeit des hauptamtlichen Politikbetriebes mit ehrenamtlicher Arbeit vor Ort.

Dazu ein Antrag:

im BE ist folgender Satz im Zusammenhang mit den Aufgaben des La Ra aufzunehmen:

„Kontrolle der, vom Landesvorstand mit Mandatsbewerbern (M.d.B.) geschlossenen Vereinbarungen z. B. Mit Blick auf Ressourcen für Regionalbüros.“

Abstimmung: 7 dafür 9 dagegen, der Antrag wurde nicht übernommen

Weitere Anträge

Zu

Abschnitt 3, Absatz 4, Satz 2

sollte neu formuliert werden

„Daher zeigt sich, dass eine Zusammenarbeit genau definiert und die Spezifika der Tätigkeit von Gewerkschaften beachtet werden muss, um Partner....“ Es gab verschiedene Vorschläge zur Änderung der Formulierungen, die in der Abstimmung keine Mehrheiten fanden. Der Satz bleibt in der ursprünglichen Form im Bericht.

Zu

Abschnitt 3, Absatz.5, Satz 2

gab es einen Antrag auf Einfügung:

„Dabei wurde wiederholt hervorgehoben, dass die ..., auch wenn..., mehr durch die Kreisverbände, aber auch vom Landesvorstand und der Landtagsfraktion berücksichtigt werden müssen.“

Abstimmung: mehrheitlich dafür

Zu

Abschnitt 3, Absatz 6, Satz 3

das Agieren der LTF in diesen Fragen wurde kritisch gesehen, deshalb ein Antrag auf Einfügung:

"Gerade das könnte in Zukunft zunehmen, der Landesverband und die Landtagsfraktion müssen auf solche Situationen besser vorbereitet sein."

Abstimmung: mehrheitlich dafür

Abstimmung über den Gesamtbericht:

Der Bericht an den 9.LPT wurde mit geringfügigen Änderungen mehrheitlich bestätigt.

10 dafür, 4 dagegen

TOP 8 – Diskussion der Vorschläge des Landesrates zu Satzungsänderungen und Vorbereitung eines Antrages an den Landesparteitag

Leitung der Diskussion: Ralf Becker, Sprecher des Landesrates

Die erste Beratung des La Ra zu den Satzungsänderungen fand am 26.01.2013 statt. (Grundlage s. B 3 –162 v. 09. Nov. 2012) Im Zusammenhang mit dieser Sitzung gab es mehrere Vorschläge und Entwurfsvorlagen zu diesem Thema, die zur Behandlung kamen.

Vorgelegt wurde am 20.07.2013

der Entwurf „Antrag zur Änderung der Landessatzung, Abschnitt 1 bis 3“ als Diskussionsgrundlage

Anträge

Abschnitt 1

Einberufung einer Satzungskommission, die mit der Überarbeitung beauftragt wird, die Unterpunkte, a bis f, sollen in dem Zusammenhang geprüft werden.

Abstimmung: mehrheitlich dafür

Abschnitt 2 a Betr.: Stellvertreterregelung § 29 (Abs.3, Abs. 4)

Die Streichung § 29 (4) war schon in der Januarsitzung (s. Prot. 26.01.) aktuell, es gibt eine Gegenrede, die eine erneute Diskussion zum Thema entfacht.

Antrag zur Streichung:

„Die Streichung des alten § 29, Abs. 4 soll vollständig auf dem 9.LPT eingebracht werden.“

Abstimmung: 8 dafür, 9 Enthaltungen, 5 dagegen

Rückholantrag zu § 29 (4) – wegen Unklarheiten. Erneute Diskussion wird aufgerufen. Im Mittelpunkt der Diskussionen steht v.a. was ist zu tun, wenn La Ra Mitglieder auf lange Zeit ausfallen.

Im Zusammenhang mit o.g. (4) wird § 29 (3) besprochen. Es gibt Vorschläge für Einfügungen und Ergänzungen. z.B. Vertretung, kann wie Delegiertenmandat gehandhabt werden, 3. Person soll als Ersatzkandidatin gewählt werden ff.

Antrag auf Einfügung in § 29 (3)

„ Die Mitglieder des Landesrates und eine entsprechende Anzahl von Ersatzkandidatinnen werden auf den Kreisparteitagen ...gewählt.,

Abstimmung: mehrheitlich dafür, 4 Enthaltungen, 4 dagegen

Es gab eine endgültige Abstimmung zu Streichung, des alten § 29 (4) und zur Einfügung o.g. Text in § 29 (3)

Abstimmung: mehrheitlich dafür (12 dafür, 4 dagegen)

Abschnitt 2 c, d, e Betr.: Namensgebung für das Gremium (sog. Kl. Parteitag) § 31 (Abs. 2)

Antrag auf Einfügung § 31 (2)

„ Bei Angelegenheiten von ... für den Landesverband, wird der Landesausschuss durch den Landesvorstand einberufen.“

Der Landesausschuss setzt sich zusammen aus Landesvorstand, Landesrat, und den Kreisvorsitzenden.“

Nicht im La Ra abstimmbare ist die folgende Formulierung:

„ Der Fraktionsvorstand nimmt mit beratender Stimme teil.“ Dazu wird es noch klärende Gespräche geben.

Abschnitt 2 b Betr.: Finanzen § 31 (Abs.3)

Vorschlag vom 26. Januar 2013 (s. Prot.) wurde übernommen.

„ Für den jährlichen Finanzplan und Beschlüsse mit außergewöhnlichen Belastungen für den Landesverband ist eine Beschlussfassung im Landesausschuss notwendig. Diese Beratung erfolgt auf Einladung des Landesvorstandes.“

Abstimmung: mehrheitlich dafür

Neu Betr.: Überschriften

§ 31 „Gemeinsame Aufgaben von Landesrat und Landesvorstand, Aufgaben des Landesausschuss“

§ 32 „Gemeinsame Sitzungen von Landesrat und Landesvorstand.“

Abstimmung: Einstimmig beschlossen

TOP 9 – Anträge, Sonstiges, Résumé

Die Kriterien für die Listenaufstellung zur Landtagswahl und den Kommunalwahlen sollten unbedingt besprochen werden. Der dazu vorliegende Beschluss des LV muss noch einmal diskutiert werden.

Vorschlag: Dieser Schwerpunkt sollte in zwei folgende Sitzungen in die TO aufgenommen werden. Die Zeit drängt.

Abstimmung: mehrheitlich angenommen

f. d. R.
Sprecherinnen des Landesrates

Dresden, 20.07.2013